

INTERVIEW

Wirtschaftsexperte Marc Friedrich warnt: „Unser einziger Rohstoff ist das Schmalz zwischen unseren Ohren – und der geht vor die Hunde“

Marc Friedrich warnt im Interview vor einem fortschreitenden wirtschaftlichen Niedergang.

23.12.2025 - 05:20 Uhr

ERIC STEINBERG

Nach einem weiteren Jahr ohne Wachstum, steigenden Insolvenzen und wachsendem Vertrauensverlust stellt sich die Frage, wohin sich Deutschland wirtschaftlich bewegt. Der Finanz- und Wirtschaftsexperte Marc Friedrich hält den aktuellen politischen Kurs der Merz-Regierung für falsch und sieht das Land vor

einer strukturellen Krise historischen Ausmaßes. Im Gespräch mit NIUS blickt Friedrich auf das Jahr 2025 zurück und erklärt, warum er für 2026 kaum Hoffnung auf eine politische Trendwende sieht – und was auf Wirtschaft und Bürger zukommen könnte.

NIUS: Herr Friedrich, wenn Sie auf das vergangene Jahr 2025 in Deutschland schauen: Welches Fazit würden Sie ziehen?

Marc Friedrich: Desaströs. Ich hätte nicht gedacht, dass die neue Regierung den Weg der alten Regierung weiter voranschreiten lässt und dass es noch schlimmer, noch chaotischer wird als mit der Ampelregierung. Der Niedergang ist im vollen Gange. Wir haben nicht nur eine konjunkturelle Krise. Wir haben die größte Wirtschaftskrise, Strukturkrise oder Systemkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland 1949. Das macht schon große Sorgen und auch graue Haare, wie man sieht.

NIUS: Man müsste doch eigentlich denken, mit dem großen Schuldenpaket kommen jetzt die Investitionen und nächstes Jahr der große Aufwärtstrend. Oder etwa nicht?

Marc Friedrich: Nein. Wir sind statistisch im sechsten Jahr ohne Wachstum. So eine lange Phase gab es in Deutschland noch nie. Wir sind bald im vierten Jahr der Rezession. Was wir sehen, ist nicht nur Deindustrialisierung: Unternehmen wandern ab, investieren woanders, bauen hier nicht mehr, schaffen keine Arbeitsplätze mehr oder schließen für immer.

Wir haben ein Rekordniveau bei Insolvenzen. Immer mehr Menschen verlassen das Land, über 250.000, meistens gut gebildete, gutverdienende oder Unternehmer. Sie investieren nicht mehr, konsumieren nicht mehr. Das fehlt. Auf der anderen Seite lässt man Menschen rein, die nicht das gleiche Niveau haben und nichts dazu beitragen.

Die Rentenreform ist ebenso eine Bankrotterklärung. Den Leuten zu sagen, sie

Bankrottklärung. Den Leuten zu sagen, sie müssen bis 73 arbeiten, heißt im Umkehrschluss: 68 reicht nicht, die Kassen sind leer. Und wie komme ich darauf? Weil die Gelder, die jetzt da im Raume stehen, natürlich falsch investiert werden, weil zum Beispiel in Kriegsgerät für irgendwelche geopolitischen Konflikte oder auch die Bundeswehr. Das ist halt keine Wertschöpfung, die nachhaltig ist.



Ein erheblicher Teil des Sondervermögens fließt in Rüstung. Friedrich hält das für falsch.

Wir reden von den größten Finanzpaketen, Liquiditätsspritzen, die Deutschland jemals hatte, die jemals ein Politiker in Deutschland unter seiner Fuchtel hatte, die meiner Ansicht nach vergeudet werden. Wir müssten eigentlich investieren, nicht nur in die Infrastruktur, sondern vor allem natürlich auch in weniger Bürokratie, in Steuerermäßigungen, aber natürlich auch in Bildung, denn wir haben halt keine Rohstoffe. Den einzigen Rohstoff, den wir haben, ist das Schmalz zwischen unseren beiden Ohren. Und der geht seit Jahren leider vor die Hunde. Wenn Sie sich die deutschen Schulen anschauen, dann können Sie eigentlich nur weinen. Das Paket ist teilweise jetzt schon vergeudet. Deswegen muss man sagen: Leider außer Spesen nichts gewesen. Es wird im Land nur kurzfristig, wenn überhaupt, einen kleinen Aufschwung geben.

NIUS: Sie haben die Abwanderung angesprochen. Wie stark ist dieser Trend aktuell und wie entwickelt er sich 2026?

Marc Friedrich: Der Trend wird seit Jahren stärker. Er wird nicht weniger. In der Honorarberatung fragt inzwischen fast jeder: Wo bringe ich mein

fragt inzwischen fast jeder. Wo bringe ich mein Geld hin? Wo gehe ich selbst hin? Soll ich mein Unternehmen verlagern?

Früher war es vielleicht ein Unternehmer in zehn Gesprächen. Heute ist es in jedem Gespräch. Vor fünf Jahren waren es rund 170.000 Menschen, heute etwa 250.000. Parallel steigen die Insolvenzen auf knapp 24.000, ein 14-Jahres-Hoch.

Und wir sehen halt, dass die Menschen sich immer mehr Gedanken machen. Ist das noch mein Land? Will ich hier noch bleiben? Wir haben die höchste Steuerlast, aber wir bekommen immer weniger Gegenleistungen. Ich sehe es eigentlich nicht ein, hier weiterhin Spitzensteuersätze zu zahlen, ich bekomme leider nichts dafür. Gar nichts. Die Infrastruktur ist am Bröckeln. Die Bahn kommt zu spät. Die Schulen sind schlecht. Es gibt Ausfall überall. Die innere Sicherheit ist auch nicht mehr gegeben. Und die Politik fabuliert auf einem ganz anderen Level ihrer eigenen Blase.

Ich komme dem nicht mehr nach. Und das sehe ich nicht nur bei den Kunden in der Honorarberatung. Das erlebe ich auch bei Freunden, bei Bekannten, bei Vereinen et cetera. Ich glaube, dieser Trend wird massiv anhalten. Auch 2026 und auch in den nächsten Jahren. Außer, die Politik könnte glaubwürdig radikale Reformen durchsetzen und sich wieder Vertrauen bei der Bevölkerung erwirtschaften.

NIUS: Bei einigen Unternehmen und Branchen, die nicht abwandern, wird das Ende durch Subventionen hinausgezögert. Welche Folgen hat das?

Marc Friedrich: Immense. Wenn Geschäftsführer, Wirtschaftsverbände, CEOs und Hidden Champions die Politik warnen, dann ist es ernst. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist nach zwölf.

Denn: Bisher waren die Unternehmen oftmals Claqueure der Politik, haben gerne alles mitgemacht, weil sie oft auch davon profitiert haben, durch Subventionen, Alimentierung oder irgendwelche Pakete, die halt da in irgendwelche

Richtungen verteilt worden sind. Aber jetzt merken sie selber, es geht an die Substanz.

Wenn Sie überlegen: BMW, Daimler und Co., die beim bösen Viktor Orbán in Ungarn investieren – warum?

Weil sie dort Energiesicherheit, Kostentransparenz und politische Sicherheit haben. Sie haben Planungssicherheit, und ein Unternehmer braucht Planungssicherheit.



Investitionen brauchen Sicherheit. Für Unternehmen wie BMW gibt es die in Deutschland nicht mehr, sagt Friedrich.

Wenn ein Unternehmen sagt, wir bauen ein Werk – egal wo auf der Erde –, dann ist das keine kurzfristige Entscheidung für zwei oder drei Jahre. Diese Werke werden auf 30 Jahre gerechnet, abgeschrieben und gebaut. Eine ganze Generation an Arbeitnehmern lebt davon.

Wenn hier morgen ein politischer Wandel kommt und man sagt: Wir müssen zurück zur Marktwirtschaft, wir müssen dem Sozialismus abschwören, dann reicht das nicht. Dann wird kein Unternehmen sagen: Alles klar, wir schließen das Werk in Texas, Japan oder Chile und kommen zurück nach Deutschland.

Dazu wurde zu viel Vertrauen verspielt. Vertrauen wächst langsam, Vertrauen zu zerstören geht extrem schnell. Dieses Vertrauen wieder herzustellen – bei Unternehmern, bei Menschen, bei Bürgern – wird schwierig. Da helfen weder große Reformpakete noch schöne Sonntagsreden. Es müssen Taten folgen. Ich glaube, wir werden eine komplett neue Struktur im Wirtschaftsbereich

sehen.

NIUS: Und wie sieht die aus?

Marc Friedrich: Diejenigen, die können, die gehen, sichern sich ab, gehen ins Ausland. Die, die nicht können, die versuchen, sich weiter durchzuwursteln oder teilweise gehen sie sogar bankrott, weil sie die Energiepreise nicht zahlen können. Egal ob energieintensive Unternehmen wie Bäckereien oder auch die Chemie- und Glasindustrie, die de facto fast nicht mehr vorhanden ist. Und ja, wir sehen die Kollateralschäden einer komplett, ja, dogmatisch ideologischen Politik auf allen Ebenen.

Es ist wirklich verheerend. Ich frage mich manchmal, ob da die Berliner Politikbabel irgendwie die Realität nicht mehr anerkennt oder auch gar nicht sieht, weil sie nur irgendwie in ihren Sitzungen sitzen. Aber wenn sie da rausgehen: Sie sehen es, sie spüren es, sie sehen es an den Leerständen in den Innenstädten. Sie sehen es an den Insolvenzmeldungen in der Zeitung. Sie sehen es, wenn sie mit den Menschen sprechen.



In Deutschland häuft sich die Zahl der Pleiten.

NIUS: Welche Maßnahmen wären denn jetzt am dringendsten notwendig?

Marc Friedrich: Wir bräuchten einen Rettungsplan für Deutschland, „Make Germany great again“. Dafür müssten wir jetzt anfangen, Dinge umzusetzen. Es beginnt ganz klar damit, das Bürgergeld zu korrigieren. Man könnte sofort die Steuern senken. Das ist ganz wichtig, vor allem bei

den Unternehmenssteuern.

Wenn die Unternehmenssteuer weltweit attraktiv und wettbewerbsfähig ist, würden auch ausländische Investoren und Unternehmen sagen: Deutschland ist interessant, dort gehe ich hin, dort investiere ich lieber, weil ich vielleicht 15 oder 20 Prozent statt 30 Prozent Steuern zahle.

Wir müssten generell eine Steuerreform durchsetzen. Man müsste die Mütterrente abschaffen, in Bildung investieren und die Bürokratie tatsächlich abbauen. Mein Vorschlag seit Jahren ist: Für jedes neue Gesetz müssen vier andere abgeschafft werden, und für jeden neuen Beamten müssen fünf gehen.

Man kann auch fragen, ob es Sinn ergibt, dass wir 16 Bundesländer haben und jedes Land seine eigene Bildungspolitik entscheidet. Aber der erste Punkt wären Steuersenkungen auf breiter Front, bei der Einkommenssteuer für Privatmenschen und bei den Unternehmenssteuern.

So würde man wieder Kapital anziehen, Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung erzeugen. Daraus entstehen auch Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene. Am Ende hätten wir alle etwas davon. Das wäre eine Aufwärtsspirale des Wohlstands.

NIUS: Glauben Sie an eine solche Wende 2026?

Marc Friedrich: Nein.

NIUS: Auch beim Rentensystem sehen die Prognosen ja aktuell ziemlich düster aus – zumindest für die jüngeren Generationen. Wie kann der Bürger 2026 selbst vorsorgen?

Marc Friedrich: Das Umlagesystem, das Rentensystem funktioniert nicht mehr. Es ist ein klassisches Schneeballsystem, weil immer weniger einzahlen und immer mehr einzahlen müssten, damit es überhaupt funktioniert.

Man müsste jetzt tatsächlich auf die Kapitalrente gehen. Das heißt, wir bräuchten einen Staatsfonds

genen. Das heißt, wir bräuchten einen Staatsfonds wie in Norwegen oder in anderen Ländern weltweit, die am Kapitalmarkt investieren. Wir sehen ja die Resultate: Norwegen ist ultrareich, der Staatsfonds liegt bei über drei Billionen Dollar. Das könnten wir auch hinbekommen.

Stattdessen sehen wir, dass Zweckverbände – egal ob Zahnärzte oder andere – das Geld ihrer Kunden verdummen. Würde man sagen, wir investieren am Aktienmarkt, in limitierte Werte, in Rohstoffe, in Infrastruktur oder in Private Equity, wäre die Rendite auf jeden Fall besser als die mageren zwölf Prozent im Rentensystem, das in Staatsanleihen investieren muss.

Staatsanleihen sind denkbar schlechte Investments. Wir sind jetzt in einem Bärenmarkt. Vierzig Jahre ging es aufwärts, jetzt geht es abwärts. Anleihen sind Investitionen in Schulden. Man investiert in ein Schuldpapier eines Staates in der Hoffnung, dass er es zurückzahlt. Historisch gesehen ist das ein schlechter Deal, weil noch nie ein Land seine Schulden komplett zurückbezahlt hat. Es ging immer nur ums Verlängern.

Wenn Staatsanleihen zurückgezahlt werden, wird sofort ein neuer Coupon ausgegeben, dann geht das Spiel weiter. Kein Land war jemals schuldenfrei. Das ist wie die Reise nach Jerusalem: Wer am Schluss übrig bleibt, bekommt keinen Stuhl.

Wir sind am Ende dieses Zyklus. Wir werden erleben, wie der Anleihemarkt kollabiert, wie der Euro vor die Binsen geht und wie Staatsbankrotte kommen. Ob das in zehn oder fünfundzwanzig Jahren passiert, ist offen.

Natürlich wird versucht werden, mit noch mehr Liquidität und noch mehr Schuldenpaketen Zeit zu gewinnen. Aber das ist ein Kampf gegen die Mathematik.





Bei der Renten-Reform hörte Merz lieber auf die Sozialdemokraten statt die junge Generation in seiner Partei.

NIUS: Wo also investieren?

Marc Friedrich: Solange die Schuldenberge weiter steigen, muss jeder in limitierte Werte investieren. Das heißt: alles, was durch Natur oder Mathematik limitiert ist, gehört ins Portfolio.

Gold und Silber sind nicht ohne Grund auf einem Allzeithoch. Ein Allzeithoch bei Gold, Silber, Bitcoin oder Aktien zeigt im Umkehrschluss ein Allzeittief im Euro. Man muss für ein Kilo Gold immer mehr Papiergeld der EZB auf den Tisch legen – für das gleiche Produkt. Das ist Inflation.

Den Menschen wird Kaufkraft und Lebenszeit gestohlen. Die Löhne sind nicht so stark gestiegen, man muss aber immer mehr Lebenszeit investieren, um die gleiche Menge Geld zu verdienen und sich das gleiche Gut zu kaufen. Am Ende merkt man: Man verliert nicht nur Kaufkraft, sondern Lebenszeit. Und die bekommt man nie wieder zurück.

Ich glaube nicht, dass die Welt untergeht. Aber was auf jeden Fall passiert, ist, dass wir unsere Lebenszeit verlieren. Aus diesem Grund muss jeder investieren.

Ich bin ein großer Fan von Gold, Silber, digitalem Gold wie Bitcoin, von Aktien, besonders im Rohstoffbereich. Ich glaube, wir werden einen Superzyklus sehen. Für künstliche Intelligenz, erneuerbare Energien, Elektromobilität, Blockchain und die Digitalisierung des Wirtschaftssystems brauchen wir unglaublich viele Rohstoffe – Nickel, Zinn, Kupfer, Silber – und vor allem viel mehr Energie.

Deshalb würde ich immer das Gegenteil von dem

machen, was die Politik sagt. Kohle ist weltweit auf einem Allzeithoch. Noch nie wurde mehr Kohle gefördert und verbrannt als aktuell. Auch Atomkraftwerke werden weltweit gebaut – nur bei uns nicht. Aber die Welt ist größer als Aachen oder Bamberg.

Viele Länder wollen grundlastfähigen, zuverlässigen Strom, auch nachts, nicht nur wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Das ist Kernkraft.

Ich würde deshalb investieren: in Aktien, Wertpapiere, ETFs und in limitierte Werte. Das sind meine Highlights für die nächsten Jahre. Damit hat man am Ende eine sicherere Rente als mit dem Umlagesystem.

NIUS: Ein letzter Wunsch für 2026?

Marc Friedrich:

Ich wünsche mir radikale Reformen, eine politische Neuausrichtung und Politik für die Menschen und das Land. Ich sehe das mit der aktuellen politischen Kaste nicht. Wenn, dann muss der Wandel von unten kommen.

Ich glaube, 2026 wird turbulent und wirtschaftlich schwierig. Der Niedergang wird weiter verwaltet. Ich hoffe, ich habe Unrecht. Aber die Zahlen zeigen, dass mehr Menschen gehen, Unternehmen schließen und die Politik das Problem eher verschärft.

NIUS: Vielen Dank für das Gespräch!

KOMMENTARE

Noch keine Kommentare